

An die
Bezirksregierung Düsseldorf
Postfach 30 08 65

40408 Düsseldorf

Ihr Zeichen:

Mein Zeichen:

In Sachen:

050527

Korschenbroich, 31. Mai 2005

Planfeststellungsverfahren zum Ausbau des Verkehrslandesplatzes Mönchengladbach

Hier: Erneutes Ablehnungsgesuch / Erörterungstermin

Sehr geehrte Damen und Herren,

in der vorgenannten Angelegenheit

wird der Verfahrensleiter, Herr Ulrich Marten, wegen Besorgnis der Befangenheit abgelehnt.

Es wird erneut beantragt,

die Verhandlungsleitung einer unabhängigen bisher nicht mit der Angelegenheit befassten und nicht der Bezirksregierung Düsseldorf angehörenden Person zu übertragen.

Begründung:

Im Erörterungstermin am 30.05.2005 wurde mein Befangenheitsantrag vom 29.05.2005 mündlich zurück gewiesen. Die schriftliche Entscheidung liegt mir noch nicht vor.

Im gestrigen Erörterungstermin hat Herr Marten angegeben, er sei am 21.04.2005 in der Lärmschutzkommission nicht nach weiteren Unterlagen gefragt worden. Das entspricht nicht der Wahrheit. Auf ausdrückliche Nachfrage des Herrn Hubertus Goltsch am 21.04.2005 hat Herr

Marten ausdrücklich gesagt, es lägen keine weiteren Unterlagen vor. Dies kann sowohl von Herrn Hubertus Goltsch also auch von Herrn Martin Rothe und Herrn Wolfgang Houben bestätigt werden, die ich hiermit als Zeugen benenne.

Im Anschluss an die Lärmschutzkommission fand außerdem ein Termin mit den Trägern öffentlicher Belange statt, in welchem Herr Marten ebenfalls angegeben hat, es gäbe keine ergänzenden Unterlagen. Dies kann von Frau Martina Stall, Stadtverwaltung Willich, Herrn Bernd Stiller, Stadtverwaltung Neuss, und Herrn Rudolf Graaf, Stadtverwaltung Korschenbroich, bestätigt werden.

Herr Marten hat somit nicht nur am 21.04.2005 die Unwahrheit gesagt, sondern auch noch gestern im Erörterungstermin selbst eine falsche Sachverhaltsdarstellung abgegeben.

Damit sind die Voraussetzungen des § 21 VwVfG erfüllt. Es liegt ein Grund vor, der geeignet ist, Misstrauen gegen eine unparteiliche Amtsübung zu rechtfertigen. Auf Grund objektiv feststellbarer Tatsachen ist die subjektiv vernünftigerweise mögliche Besorgnis nicht auszuschließen, Herr Marten werde in der Sache nicht unparteiisch, unvoreingenommen oder unbefangen entscheiden.

Ich gehe davon aus, dass auch über diesen Antrag umgehend an zuständiger Stelle entschieden wird, um ein faires Verfahren zu gewährleisten.

Beglaubigte Abschrift anbei.

Mit freundlichen Grüßen

Sabine Lufen
(Rechtsanwältin)